

## **BHFI: Gebühren für Unterbringung sind integrationsfeindlich**

### **Stellungnahme des BHFI zu den Gebühren für Wohnunterkünfte für Geflüchtete.**

Bereits im Januar 2018, unmittelbar nach der hastigen Erhöhung der Gebührensätze für Geflüchtete für ihre Unterbringung in Erstaufnahmeeinrichtungen und Folgeunterkünften hat das BHFI unter der Überschrift „587 € für 8 m<sup>2</sup> Containerzimmer“ diese als unzumutbar abgelehnt und dagegen protestiert. „Das sprengt alle Maßstäbe und Regeln, die für den freien und für den öffentlich geförderten Mietwohnungsmarkt gelten“ hieß es damals in einer Pressemitteilung. Die Gebühren bringen v.a. die Geflüchteten in große Not, die nicht auf Hartz IV und Grundsicherung angewiesen sind, sondern einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachgehen.

In vielen Gesprächen, die das BHFI im Laufe des vergangenen Jahres über dieses Thema mit den zuständigen Behörden geführt hat, wurde immer wieder versichert, dass für Personen mit eigenem Einkommen großzügige Ausnahmeregelungen gewährt würden und praktisch niemand die Gebühren in voller Höhe aus eigener Tasche zahlen müsse. Die nun von der LINKEN-Fraktion in der Bürgerschaft vorgelegten Beispiele zeigen, dass diese Aussagen nicht den Tatsachen entsprechen.

Wer allein für die Unterbringung seiner 4-köpfigen Familie in einer Notunterkunft mehr als 2.000 € im Monat zahlen müsse, wird sich sicher überlegen, ob es da nicht besser ist, auf die Arbeit zu verzichten. Dann würden die Kosten für die Unterbringung ja von Staat bezahlt werden. „Welchen Eindruck bekommt jemand von unserem Gemeinwesen, der eine solche Erfahrung macht?“ fragt Manfred Ossenbeck vom Bündnis Hamburger Flüchtlingsinitiativen (BHFI).

Die Gebühren sind nicht nur gesetzeswidrig, wie das nun vorgelegte Gutachten von Prof. Dr. xx zeigt, sondern auch zutiefst **integrationsfeindlich**. Neben dem Erwerb der Sprache ist das eigenständige Leben mit eigener Erwerbstätigkeit ein wesentlicher Faktor für Integration und Teilhabe. Wenn diese aber durch solche unsinnigen Regelungen wie die Gebühren für Unterbringung **ad absurdum** geführt werden, wird genau das Gegenteil erreicht. Deswegen lautet die Forderung des **BHFI**, sofortige Rücknahme der Gebührenordnung und Erhebung eines angemessenen Satzes für die öffentlich-rechtliche Unterbringung.

Hamburg, 11.1.2019

- Ansprechpartner für Rückfragen:  
Manfred Ossenbeck: ☎ 040 - 530 488 72 oder [manfred.ossenbeck@bhfi.de](mailto:manfred.ossenbeck@bhfi.de)

*Das Bündnis Hamburger Flüchtlingsinitiativen (BHFI) ist ein Zusammenschluss von ehrenamtlichen Initiativen, die sich mit und für nach Hamburg Geflüchteten für ein aufgeschlossenes Miteinander einsetzen. Es bündelt die Erfahrungen und Kenntnisse und schafft eine Plattform für den gegenseitigen Austausch und die Vertretung der Interessen von Engagierten und Geflüchteten. Es ist unabhängig und überparteilich.*